



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Florian Ritter, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Horst Arnold, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Den bayerischen öffentlichen Dienst in und nach der Coronakrise stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den bayerischen öffentlichen Dienst zusammen mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften aufgabengerecht zu stärken. Der öffentliche Dienst mit seinen engagierten Bediensteten und Tarifbeschäftigten war bereits vor der Coronakrise ein wesentlicher Standortfaktor im Freistaat. Jetzt ist er zur Bekämpfung und Überwindung der Krise und ihrer Folgen unerlässlich. Es soll deshalb eine umfassende Analyse zeitnah in Angriff genommen werden, um vor allem strukturelle Defizite zu identifizieren, damit rasch ein Maßnahmenkatalog für die erforderlichen Verbesserungen für den öffentlichen Dienst formuliert und umgesetzt werden kann.

Folgende Punkte sollen insbesondere betrachtet werden:

- die generelle Realisierung einer funktionierenden und flexiblen IT-Infrastruktur sowohl im Sinne der Bürgerinnen und Bürger für einen umfassenden Zugang zu digitalen Dienstleistungen als auch im Sinne der Angehörigen des öffentlichen Dienstes für optimale Arbeitsabläufe und für eine dauerhafte Ausweitung der Telearbeit,
- der Optimierungsbedarf an der Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft, um beispielsweise Hilfs- und Förderprogramme rasch und unkompliziert vollziehen zu können,
- die dauerhafte, aufgabengerechte, personelle und sachliche Ausstattung des Gesundheitsdienstes,
- die bestmögliche Unterstützung von Einsatz- und Sicherheitskräften, die im Polizeialltag neben den ohnehin schon erheblichen Herausforderungen während der Pandemie besonderen Infektionsrisiken ausgesetzt sind,
- die Ermöglichung eines Ausblicks von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern auf effektiven und akzeptablen Digitalunterricht durch die erforderliche digitale Ausstattung,
- keine Nachteile in der Karrierebiografie bei Teilzeitbeschäftigung, die ein wichtiges Instrument der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist und stark von Frauen in Anspruch genommen wird,
- eine ausreichende Nachwuchsgewinnung angesichts einer alternden Gesellschaft und der Konkurrenzsituation mit der Wirtschaft um die besten Köpfe,
- darüber hinaus die ressortspezifischen Erfordernisse, die sich in der Coronakrise herausgestellt haben.

Begründung:

Die Coronakrise hat insbesondere Defizite in der personellen Ausstattung, bei der Digitalisierung aber auch bei der Umsetzung von Maßnahmen gegen die Pandemie bzw. die Folgen der Pandemie im öffentlichen Dienst offenbart. Diese Defizite sollen umfassend ausgeglichen werden, um einerseits die hohe Berufsmotivation bei den Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu erhalten, und um andererseits die erforderlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger umfassend, zeitnah und auf Dauer erbringen zu können.